

spd/II/103

Hannover, 8. Dezember 1947

Mißbrauch des Streikrechts

R.B. Lediglich die Kommunisten haben in der französischen Nationalversammlung gegen das Antistreikgesetz gestimmt, dagegen sind in den 413 Ja-Stimmen auch die Stimmen der sozialistischen Abgeordneten enthalten. Das Gesetz enthält u.a. die durch Zusatzantrag eingebaute Bestimmung, daß dadurch "das prinzipielle Streikrecht der Arbeiter keinesfalls beseitigt oder geschwächt werden darf". Eine weitere Bestimmung besagt, daß das Antistreikgesetz bis zum 29. Februar in Kraft bleibt. Mit diesen beiden Einschränkungen wird eindeutig der eigentliche Sinn des Gesetzes klargestellt, der ja nicht darin lag, berechnete Streiks zu verhindern, sondern darin, dem kommunistischen Umsturzplan in Frankreich auf legislative Wege zu begegnen. Diese beiden Bestimmungen mögen es wohl auch gewesen sein, die die Sozialisten bewegen haben, entgegen sozialistischen Überlieferungen für ein Antistreikgesetz zu stimmen.

Das Streikrecht ist die Waffe des Arbeiters im Kampf um erträgliche Arbeitsbedingungen, es ist die ultima ratio, wenn gütliche Verhandlungen versagen. Die im Rahmen des Möglichen erstrebte Verbesserung von Löhnen, das Verlangen nach einer ausreichenden Ernährung und die Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht innerhalb der Betriebe - dies alles sind Gründe, die einen Streik absolut berechtigt erscheinen lassen. Nach nationalsozialistischen Auslegungen war ein Streik nichts anderes als ein vom marxistischen Klassenkampfgedanken getragenes Mittel zur Erlangung von Sondervorteilen auf Kosten der Allgemeinheit. Am 20. Januar 1934 wurde deshalb das "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" erlassen, wodurch Streiks "überflüssig" und unmöglich gemacht wurden. Die Unmöglichkeit, gerechte Forderungen durchzusetzen, machten aus dem Arbeiter des Dritten Reiches einen Sklaven des Staates.

Nach Kriegsende wurden auch in Deutschland wieder Gewerkschaften gegründet, und am 16. Dezember 1946 konnte der erste, nach demokratischen Grundsätzen durchgeführte Streik erfolgreich beendet werden. Bei der Firma Bode-Panzer in Hannover setzte die Belagechaft das Mitbestimmungsrecht an der Produktion und an der Stilllegung und Erweiterung des Betriebes durch. Es handelte sich hier um einen politischen Streik mit einer durchaus ethischen Tendenz. Im Laufe der Zeit entstanden in der britischen Zone, vor allem im Ruhrgebiet, weitere Streiks, wobei es hauptsächlich darum ging, eine Verbesserung der Ernährungslage zu erreichen.

Was nun Frankreich und Italien anbelangt, so ist hier die Tatsache zu verzeichnen, daß zwischen Preisen und Löhnen eine untragbare Differenz besteht. Es tritt in diesen Ländern jedoch die Frage auf, ob die Schwierigkeiten nicht vor allem in einem erschreckenden Mangel an Produktion liegen. Frankreich hat bisher zahlreiche Versuche unternommen, aus diesem Dilemma herauszukommen, und es war besonders Léon Blum, der durch seine Preissenkungsaktionen den Stier bei den Hörnern packen wollte. In Italien dagegen ist auf diesem Gebiet noch nichts Ernsthaftes erkennen worden. In Frankreich herrscht zweifelsohne die Erkenntnis vor, daß die Situation durch Streiks im Augenblick nicht zu verbessern ist. Es handelt sich hier um politische Verhandlungen, die von Ausland her inspiriert

sind und weniger die Rechte von Arbeitern als einen Machtkampf zwischen den Kommunisten und jeder nichtkommunistischen Regierung in diesen beiden Ländern zum eigentlichen Gegenstand haben. Dies wird umso mehr bewiesen, als Léon Jouhaux, der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften, mit einer Minderheit in Opposition gegangen ist und den Arbeitern Frankreichs empfohlen hat, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Es ist denkbar, daß der Marshall-Plan helfen wird, die französische und italienische Wirtschaftsnot zu beheben. Dies aber würde die Absichten der von Moskau betriebenen Politik zumindest interferieren. Italien hat 2,2 Mill. Mitglieder der kommunistischen Partei und in Frankreich gibt es nahezu eine Million eingeschriebene Kommunisten. Sowjetrußland sah sich in beiden Ländern kurz vor dem Erreichen eines lange erstrebten Zieles. Durch die mögliche Realisierung einer gemeinsamen europäischen Hilfe müßte sein Einfluß in diesen Ländern außerordentlich verändert werden. Man darf Thorez' Reise nach Moskau hiermit in Zusammenhang bringen.

So begrüßenswert die Haltung von Arbeitern ist, die auf ihren Rechten bestehen, so sehr müssen die Vorgänge in Italien und in Frankreich als das angesehen werden was sie sind: der Versuch der kommunistischen Internationale, Europa in Unruhe zu halten und den amerikanischen Kongreß gegen Frankreich und Italien mißtrauisch zu machen.

Beispiel Schweden

Kurt Meinig hat im Verlag für Wirtschaft und Sozialpolitik, Hamburg, eine Broschüre erscheinen lassen, die den Titel trägt: "Der schwedische Mittelweg - Soziale Sicherheit". Diese oben erwähnte Arbeit enthält durch ihre eingehende Darstellung der sozialpolitischen Maßnahmen und Pläne in Schweden mancherlei, was des Studiums wert ist.

Am Rande der europäischen Arztfelder erlebte das seit Jahren von Sozialdemokraten regierte Schweden die Spannungen des Krieges in einem durch viele Siege gemilderten Maß. Eine lange Kette sozialpolitischer Maßnahmen läuft parallel mit solchen zur Förderung und Erweiterung der Sozialisierung. Umgeschlossen wird davon einmal die Bevölkerungspolitik, die Erhaltung und Vermehrung der Arbeitsplätze und damit die Erhöhung des Lebensstandards im allgemeinen. Ein paar Beispiele aus der Praxis: Zu einem Zinsfuß von 4 Prozent erhalten Verlobte für fünf Jahre Ehestandardschlehen von 1.250 Kronen. Zwischen 1937 und 1944 wurden 42 Mill. Kr. für diese Darlehen bewilligt. Jedes schwedische Kind unterliegt bis zum 7. Lebensjahr einer ununterbrochenen Gesundheitskontrolle. Mütter, die Mitglieder der Krankenkassen sind, erhalten bei jeder Geburt eine Mutterschaftshilfe von 125 Kr. 94 Prozent aller Mütter wird darüber hinaus vom Staat ein mutterschaftsgeld von 75 Kr. gewährt. Die Kosten der Niederkunft deckt eine besondere Mütterhilfe bis zu 500 Kr. in allen den Fällen, in denen die genannten Zuschüsse nicht ausreichen. Etwa 13 Mill. Kr. im Jahr werden für diese Mütterhilfe ausgeschüttet. Ein Alimentenvorschuß von jährlich etwa 300 Kr. an 30.000 Mütter wird von Staats wegen für säumige zahlungspflichtige Väter gezahlt.

Ein Reichstagsbeschuß von 1944 sieht eine hundertprozentige gesundheitliche Überwachung sämtlicher Schulkinder durch eine "Gesundheitskarte" vor. Für ein tägliches warmes Schulfrühstück zahlte der Staat

1945/46 drei Mill. Kr. Lebensmittelrabatte für Kinderreiche bezogen 1942 mehr als 80 Prozent der Familien mit über drei Kindern. Während im Budget 1933/39 die Kosten für die Landesverteidigung mit 300,4 Mill. Kr. bezifferte, machen die Subventionen des Staates zur Aufrechterhaltung niedriger Preise bestimmter Lebensmittel im Jahr etwa 325 Mill. Kr. aus. Die Rabatte - bei drei Kindern 30 Prozent, bei sechs Kindern 50 Prozent - helfen ferner etwa 50 Prozent aller Kinderreichen in der Stadt und 15 Prozent auf dem Lande. Abgerundet wird diese Hilfe durch Bekleidungszuschüsse, Kinderlandverschickung und soziale Familienhilfe. In bar umgerechnet belaufen sich die Vergütungen für das Kind vom zweiten Lebensjahr an - ohne Bedarfsprüfung - im einzelnen auf 400 Kronen, für zwei Kinder 1.040 Kronen, für drei 1.560, für vier 2.080 Kronen. Ziel ist ein Zuschuß von 800 Kr. im Jahr je Kind.

Die Kosten für das gesamte Reformprogramm werden mit jährlich 1210,4 Mill. veranschlagt, während 1945/46 der Sozialetat nur 262 Mill. Kronen ausmachte; er erfährt also eine Erhöhung um 832 Millionen. (Im einzelnen: für Volkspension und Altersversorgung ab 1948 657,2 Mill., Volkskrankenversicherung 170 Mill., Gesundheitsdienst 54, allgem. Kinderzuschuß 200, kostenlose Schulspeisung 50, Bekleidungsrabatte 23, Wohnungszuschüsse oder die Rabatte 120 Mill.) Diese Zahlen sind um so berechtigt, als z.B. der Rat des Obersten Sowjets lt. Radio Moskau mit Wirkung vom 1.1.48 eine 80-prozentige Kürzung der staatlichen Unterstützungen für Kinderreiche und unverheiratete Mütter angeordnet hat.

Die kriegsbedingte Unterbrechung der gesellschaftlichen Reformarbeiten Schwedens wurde inzwischen abgelöst durch das in 27 Punkten zusammengefaßte Nachkriegsprogramm der Arbeiterbewegung, das die Grundlage der Regierungsarbeit auf diesem Gebiet darstellt. Es umfaßt "Sicherung der Vollbeschäftigung", "gerechte Einkommensverteilung" und "industrielle Demokratie". Bei alledem wird eine Linie allmählicher Sozialisierung verfolgt, anstelle einer ebenso möglichen, wohl aber weniger erfolgreichen umstürzenden Durchführung der wirtschaftlichen Planung.

(b/B80/312/ns)

Der Umweg über die Gewerkschaften

-a Berlin, im Dezember 47

Seit die Kommunisten in der Ostzone und durch ein geschicktes Wahlsystem auch in Berlin die Gewerkschaften in der Hand haben, werden alle politischen Experimente, die der SED nicht gelingen, über die Gewerkschaften geleitet. Der FDGB schafft das Gemüse, das sonst niemand bekommt, in die Stadt. Der FDGB erleichtert die Reisebescheinigungen, die fast unerreicher sind. Der FDGB sorgt für Schnaps. Alles tut der "neutrale" FDGB, der immer Öffentlichkeit auftritt und dies mit besonderer Betonung, wo es eine einseitige politische Forderung zu unterstützen gibt. Innerhalb dieser gleichen FDGB bereit, sich zu politischen Entscheidungen oder Plänen zu bekennen, die eindeutig einen Akzent gegen die andere Besatzungsmächte haben. Nun ist der FDGB in eine wachsende Protestwelle von Belegschaften und ganzen Gewerkschaftspartien geraten. Ausgelöst ist diese Welle worden durch den Enthusiasmus, mit dem sich der

↳ dort in der

FDGB-Vorstand für das sogenannte Kotikow-Programm der vierzehn Punkte in Berlin aussprach. Diese Punkte verlangen im Grunde nichts anderes als die Verwendung des Vorbildes der Ostzone für Berlin. Dieses Vorbild heißt: Einführung der verstärkten Akkord-Arbeit, das Prämiensystem nach der Stachanow-Methode und ähnliches. Große Betriebe wie Siemens usw., ganze Verbände wie der Verband der Kaufmännischen Angestellten haben diese öffentliche Parteinahme zum Anlaß genommen, um mit aller Deutlichkeit der FDGB-Leitung des Ostens ihr Mißtrauen auszusprechen.

Noch immer glaubt der FDGB, darauf nicht reagieren zu müssen. Im Gegenteil, er mißbraucht weiterhin seine Position, um der SED bei ihrer Schausstellung zum "Volkekongreß" bereitwilligst Hilfestellung zu leisten. Doch die Proteste, die sich nun häufen und schon eine überwiegende Mehrheit der Berliner Betriebe gegen die absicht mobilisiert haben, das Ostzonen-Niveau der Stadt Berlin aufzuzwingen; diese Proteste bedrohen freilich die künstliche Gewerkschaftseinheit allmählich außerordentlich. Noch weiß sich die SED bei dieser Politik der Unterstützung durch ihre Besatzungsmacht sicher. Der russische Stadtkommandant sichert einer Arbeiterabordnung nach der anderen öffentlich zu, daß den in sowjetischen Sektor Wohnenden der betreffenden Sparte sofort Hilfe erteilt werden würde. Die große Politik spielt hier mit ein paar hundert Metern Tuch und ein paar hundert Schuhen in den Raum des zwischen den Besatzungsmächten hin- und hergeworfenen Berliner Volkes hinein. Aber immer größere und bedeutendere Gruppen der Betriebe und des FDGB aus den Westsektoren haben den Mut, diese Politik der billigen Erötchen nicht mitzumachen.

Es ist deutlich zu erkennen, daß diese wirtschaftliche Bevorzugung des kommunistischen FDGB in Berlin die sozialdemokratische Verwaltung der Stadt praktisch auf's töte Gleis setzen soll. Daß der FDGB somit notwendig zur Zwangsinstitution wird, der jeder angehören muß, wenn er die ihm zustehenden Bürgerrechte sucht, ist das Ziel. Und da er eindeutig der kommunistischen Taktik gehorcht, ist er die eigentliche kommunistische Partei des Ostens. Mehr als dies: kraft dieser trügerischen "Neutralität" sucht er Eingang in den Westen Deutschlands zu finden. Doch allein das Beispiel der wachsenden politischen Opposition der freien Gewerkschaften gegen diese Berliner kommunistische Gewerkschaftspolitik beweist, daß dieser getarnte Weg sehr früh erkannt worden ist. Es wird alles darauf ankommen, daß die wirtschaftlichen Machtbefugnisse des FDGB in der Ostzone so beschnitten werden, daß dieser neue Kapitalsträger nicht die ihm Angehörigen politisch auszubeuten vermag.

Die Soll-Seite des Marshall-Planes

Von S. Aufhäuser, New York

Bei den Beratungen zum Marshall-Plan hat der Kongreß keinen Zweifel gelassen, daß den notleidenden Ländern mit Wohltaten und Geschenken nicht gedient sein kann, wenn es nicht gelingen sollte, der US-Hilfe einen produktiven Charakter zu verleihen, d.h., die Empfangsländer müssen in die Lage versetzt werden, ihre Wirtschaft wieder aktiv zu machen, Rohstoffe und Fertigwaren an die Vereinigten Staaten liefern zu können und eine fundierte Währung zu bekommen. Die Kongreß-Abgeordneten waren keineswegs damit zufrieden, daß die europäischen Nationen Lebensmittel, Mate-

riell und Maschinerie von den USA empfangen, um dann gegen bescheidene Getreidelieferungen Handel mit Rußland zu treiben. Es wurde vielmehr deutlich gemacht, daß Europa befähigt werden soll, die Lieferungen aus dem langfristigen Marshall-Plan wieder bezahlen zu können. Die Anleihen der Weltbank werden in dem künftigen Gesetz zum Marshall-Plan auf rein kaufmännischer Basis geregelt werden. Rohmaterial, halbfertiger Stahl, landwirtschaftliche Maschinen usw. werden gegen langfristige, zinslose Kredite geliefert, doch ist ein Zwanzigjahrplan für Gegenlieferungen in Vorbereitung, nach dem die USA von den 16 Nationen der Pariser Konferenz als Gegenleistung eine bestimmte Versorgung mit Blei, Kupfer, Zinn, Bauxit, Mangan, Diamanten, Chrom, Silber und Graphit erwarten. Diese Materialien sollen zur Teilung von Kolonien und Dominien der im Marshall-Plan Beteiligten wieder beschafft werden. So werden z.B. besondere Abmachungen zwischen England und den USA notwendig werden, wenn die Dollarhilfe zur weiteren Erschließung von Mineralquellen dienen soll. Die Stimmung im Kongreß ist allgemein gegen eine Europahilfe von charitativer Art, hingegen aber auf einen intensivierten Marktverkehr zwischen Europa und USA aus gerichtet.

Es sind dieselben Beweggründe, wenn in Zusammenhang mit dem Marshall-Plan im Kongreß das stärkste Interesse an der Stabilisierung der europäischen Währungen geweckt wurde. Hier steht zur Zeit ein Gutachten des Direktors des Instituts für internationale Finanzen, Universität New York, Prof. John T. Madden, im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Der bekannte Währungsfachmann kommt auf die Konferenzen von Bretton Woods und die dazu gegründeten internationalen Stabilisierungsfonds zurück, um festzustellen, daß die Stützungsaktion einzelner Länderwährungen mit US-Gold und Dollars zwar für eine kurze Übergangszeit nicht entbehrlich ist, aber als Mittel zur Reaktivierung einer Währung sehr geschadet als genutzt hätte. Die Schaffung künstlicher Geld-Parität und internationaler Wechselkurse durch Stabilisierungsmaßnahmen habe vielfach verschritten Anreiz zu schwarzen Märkten geboten. Madden sieht den Schlüssel zur festen Währung zunächst in einem ausgeglichenen Staatsbudget und einer vernünftigen Relation von Import und Export. Er verweist vor allem auf England und Kanada, welche Länder heute keinerlei Diskussion über eine Abwertung haben, weil sie durch radikale Maßnahmen ihr Staatsbudget ins Gleichgewicht gebracht haben. Auch Belgien hatte solche Ansätze, veränderte sich der Befreiung seines Geldumlauf von 3.600.000.000 auf 700.000.000, ist aber heute schon wieder bei 1.800.000.000 angelangt. Die mechanische Abwertung führt eben zu wickschlägen und Madden zeigt ein Beispiel von Frankreich, daß eine nur formale Devaluation seine Lösung bietet. Ohne ein ausgeglichenes Staatsbudget sei die Inflation nicht aufzuhalten.

Der Weg, der hier angedeutet wird, ist der, durch vorübergehende Fiktion die überschüssigen Geldzeichen wieder zu absorbieren. Diese Tendenz ist sicher auch für die Währungsstabilisierung im heutigen Deutschland zu akzeptieren, nur mangelt es noch an Voraussetzungen, um die auch der deutschen Industrie wieder in vollem Maß hängen zu können. Auch für Deutschland gilt, daß eine isolierte Abwertung der Mark noch kurzer Zeit versagen müßte, wenn sie nicht zeitlich verbunden ist mit der Ankurbelung der Produktion. Dazu aber bedarf es eines Mindestmaßes an Rohmaterial, an Maschinerie und an politischer, wie ökonomischer Selbstverwaltung.

Elfriede Ryneck 75 Jahre alt

Eine der Ältesten und eifrigsten sozialdemokratischen Werkstättenrinnen, Elfriede Ryneck, feiert am 14. Dezember in Berlin, ihrer Vaterstadt, ihren 75. Geburtstag. Eine Tochter Pauline Staegemanns, die die sozialistische Frauenbewegung in Deutschland mitbegründete und 1879 auf Grund des damaligen Sozialistengesetzes zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt wurde, kam Elfriede Ryneck schon von frühester Jugend an mit der sozialistischen Ideenwelt in Berührung. Mit einer Schar anderer tapferer Frauen leistete sie trotz Verbotes und Verfolgung unermüdliche Aufklärungsarbeit und wirkte tatkräftig an der mühevollen Aufgabe mit, die Frauen für den Kampf der Arbeiterschaft zu gewinnen. Als 1908 endlich auch den Deutschen Frauen die Möglichkeit gegeben wurde, sich offiziell politisch zu organisieren, stellte sie sich freudig in den Dienst der Sozialdemokratischen Partei, deren Vorstand sie zusammen mit Anna Wenz und Marie Juchacz bis 1933 angehörte. Auch heute noch ist Elfriede Ryneck trotz ihrer 75 Jahre als Frauenfunktionärin und Funktionärin der Arbeiterwohlfahrt in der Berliner Partei tätig. (b/965/812/he)

Die kleinste Gewerkschaft der Welt.

Die wohl kleinste Gewerkschaft der Welt hat ihren Sitz in London. Sie umfasst ganze vier Mitglieder, nachdem sie im Jahre 1912 noch 23 Mitglieder zählte. Es handelt sich um die Gesellschaft der Anfertiger handgeschmiedeter, silberner Löffeln und Gabeln. Sie hält aller Mechanisierung zum Trotz an ihrer Handwerksfertigkeit fest und gehört mit zu den ältesten Gewerkschaften, da sie bereits im Jahre 1864 gegründet wurde. (m/B23/812/2/he)

Englische Sozialisten laden deutsche Sozialdemokratin ein

Hannover, 8. Dezember - Am 11. Dezember fährt Herta Gotthelf, Mitglied des Parteivorstandes und Frauensekretärin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, nach England. Sie ist von der Fabian-Gesellschaft, die der Labour Party angeschlossen ist, eingeladen worden, vor englischen Labour-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsfrauen über die Probleme der deutschen Frauen zu sprechen.

Es ist das erste Mal, dass eine deutsche Sozialdemokratin offiziell von einer englischen sozialistischen Organisation zu einem Besuch nach England nach dem Kriege eingeladen worden ist.

(m/B1/812/2/he)

Verantwortlich: Peter Raunau